

## **Frauenbeitrag**

### Transparenz gewinnt

Zehn Jahre haben wir Frauen im SoVD für gleichen Lohn für gleiche Arbeit gekämpft. Zehn Jahre waren wir in allen Landesverbänden mit vielen Aktionen aktiv, um für gleichen Lohn für gleiche Arbeit einzutreten. Unsere Aktionen reichten von Informationsständen, Fahrten mit dem Bollerwagen durch Städte und Dörfer über Menschenketten, Kundgebungen, Silvesterfeiern bis zum Knüpfen von Netzen über Markt- und andere öffentliche Plätze sowie Red Dinner in Restaurants und Filmvorführungen, und das immer mit unseren roten SoVD-Taschen.

Auch dieses Jahr sind wieder am Equal Pay Day am 18. März viele Frauen und auch Männer in ihren Landes-, Kreis- und Ortsverbänden unterwegs, um für Lohngerechtigkeit zu demonstrieren. Das bundesweite Motto lautet: „Transparenz gewinnt!“

Wir Frauen im SoVD begrüßen, dass das neue Gesetz, kurz Entgelttransparenzgesetz, zum 6. Juli 2017 endlich in Kraft getreten ist. Mit dem Gesetz ist ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung Lohngerechtigkeit getan.

Allerdings hätten wir Frauen es uns so wie in Island gewünscht. Dort gibt es seit diesem Jahr gleiche Löhne für Männer und Frauen per Gesetz.

Island ist somit das erste Land der Welt, das Männern und Frauen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit garantiert. Sowohl öffentliche als auch private Arbeitgebende müssen ihren Mitarbeitenden seit Januar 2018 das gleiche Gehalt bei gleicher Position bezahlen, und sie müssen einen Nachweis darüber erbringen, dass sie Männern und Frauen auf gleicher Position dasselbe Gehalt zahlen. Das Gesetz gilt für Unternehmen mit mehr als 25 Mitarbeitenden.

Bis 2022 sollen damit die herrschenden Unterschiede bei Löhnen und Gehältern ausgeglichen sein. Bei dem Gesetz geht es auch um gleiche Bezahlung unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit, sexueller Orientierung und Nationalität. Übrigens ist in Island annähernd die Hälfte der Abgeordneten im Nationalparlament weiblich. Am 24. Oktober 2016 sorgten isländische Arbeitnehmerinnen für Aufsehen, indem sie ihre Arbeitsplätze bereits um 14.38 Uhr verließen. Diese Uhrzeit markierte den Zeitpunkt, zu dem sie im Verhältnis zu ihren männlichen Kollegen nicht mehr bezahlt wurden.



**Edda Schliepack**  
Präsidiumsmitglied und  
Bundesfrauensprecherin

## **Schleswig-Holstein**

### Initiative bezahlbarer Wohnraum

Die Vorsitzende des SoVD-Landesverbandes Schleswig-Holstein, Jutta Kühl, und ihr Stellvertreter, Sven Picker, haben gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden des Deutschen Mieterbundes (DMB), Jochen Kiersch, und dem DMB-Geschäftsführer Carsten Wendt auf einer Pressekonferenz im Landeshaus den Startschuss zu einer Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum in Schleswig-Holstein gegeben.

Ziel ist es, das Recht auf bezahlbaren und angemessenen Wohnraum in der Landesverfassung zu verankern. Beide Verbände haben ein Jahr Zeit, um 20000 Unterschriften zu sammeln und dann dem Landtagspräsidenten zu übergeben. Ist das Quorum erfüllt, muss sich der Landtag mit dem Anliegen der Volksinitiative befassen.

Konkret beantragen SoVD und DMB, einen Artikel 13a aufzunehmen: „Jeder Mensch hat das Recht auf eine angemessene Wohnung. Das Land fördert die Schaffung und Erhaltung von bezahlbarem Wohnraum, insbesondere durch Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaus, durch Mieterschutz und Mietzuschüsse. Die Räumung einer Wohnung darf nur vollzogen werden, wenn Ersatzwohnraum zur Verfügung steht. Bei einer Abwägung der Interessen ist die Bedeutung der Wohnung für die Führung eines menschenwürdigen Lebens besonders zu berücksichtigen.“

Hintergrund ist die dramatische Situation auf dem Wohnungsmarkt in Schleswig-Holstein: Von ehemals circa 220000 öffentlich geförderten Wohnungen sind 2017 lediglich etwa 47000 geblieben. Die Obdachlosigkeit steigt rasant an. Derzeit leben rund 10000 Menschen ohne Obdach. Ihren Antrag unterstützen SoVD und DMB mit



**V.li.: Jochen Kiersch (Vors. Mieterbund), Jutta Kühl (SoVD-Landesvorsitzende), Heidrun Clausen und Carsten Wendt (Geschäftsführer Mieterbund) sowie Sven Picker (stellv. SoVD-Landesvorsitzender).**

konkreten Forderungen zur Verbesserung der Wohnsituation.

Auf der Konferenz betonte Jutta Kühl: „Als Verbände können wir keine Gesetze machen, geschweige denn durchsetzen. Was wir aber machen können, ist politischen Druck aufbauen. Und hier ist eine Volksinitiative das stärkste Instrument. Je mehr Unterschriften zusammenkommen, desto größer wird der Druck auf die politisch Verantwortlichen, endlich zu handeln.“ Sven Picker ergänzte: „Das Wort Inklusion ist in aller Munde. Wenn es aber um konkrete Schritte bei der Umsetzung geht, gibt es nach wie vor große Schwierigkeiten. Dies gilt sowohl für den Ar-

beits- als auch immer mehr für den Wohnungsmarkt. Gerade Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer haben Probleme, eine auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene und auch für den kleineren Geldbeutel bezahlbare Wohnung zu finden.“

Jochen Kiersch sagte: „Die Probleme sind die Folge des Verkaufs kommunaler Wohnungsbau-Gesellschaften an renditeorientierte Finanzinvestoren, der gewollten Reduzierung des Sozialwohnungsbestandes und der viel zu geringen Neubautätigkeit.“ Nähere Infos zur Volksinitiative und Unterschriftenlisten zum Ausdrucken gibt es unter: [www.sovd-sh.de](http://www.sovd-sh.de).

## Bundesjugendkonferenz: Behinderung im Familienleben

**Vom 4. bis zum 6. Mai 2018 findet im Rahmen des diesjährigen Bundesjungdtreffens in Berlin wieder eine Bundesjugendkonferenz statt, auf der unter anderem die auf den Landesjugendkonferenzen verabschiedeten Anträge beraten und beschlossen werden. Zudem wird der Bundesjugendvorstand neu gewählt.**

Das Thema der Bundesjugendkonferenz lautet „Behinderung im Familienleben“. Es ist für die SoVD-Jugend von besonderem Interesse, da gerade Menschen, die sich nicht „normal“ körperlich und gesundheitlich in unserer Gesellschaft bewegen, oft auf viele unbegründete Vorurteile und Ablehnung stoßen.

Denn ein Leben mit Handi-

cap stellt nicht nur eine Herausforderung an die Betroffenen selbst dar, sondern auch für die Menschen in ihrem Umfeld.

Dabei spielt es keine entscheidende Rolle, ob die Behinderung angeboren oder erst im Laufe der Jahre erworben worden ist. Gesellschaftlich und wirtschaftlich sind Betroffene und sehr häufig auch ihre Familien sowie Freundinnen und Freunde dauerhaft und gravierend beeinträchtigt.

Menschen mit Behinderung haben im Alltag oft Schwierigkeiten, sich selbstständig zu bewegen. Hierüber soll auf der Bundesjugendkonferenz diskutiert werden. Die Delegierten werden zu der Bundesjugendkonferenz in Berlin fristgerecht eine Einladung erhalten.

Neben einer Diskussion und der Verabschiedung der sozialpolitischen Anträge wird es auch ein dem Rahmen entsprechendes Kulturprogramm geben.

Nähere Informationen und Anmeldeformulare erhalten Sie unter SoVD-Jugend im Sozialverband Deutschland e.V., Dr. Simone Real, Stralauer Str. 63, 10179 Berlin, Tel.: 030/72 62 22-131, [jugend@sovde.de](mailto:jugend@sovde.de).

#### Tagesordnung

**TOP 1:** Eröffnung und Begrüßung durch den Bundesjugendvorsitzenden Sönke Franz  
**TOP 2:** Beschlussfassung zur Tagesordnung  
**TOP 3:** Beschlussfassung zur Geschäftsordnung  
**TOP 4:** Wahl der Tagesleitung;  
a) Wahl der/des Vorsitzenden

b) Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden

c) Wahl der Schriftführerin/des Schriftführers

**TOP 5:** Wahl der Mandatsprüfungskommission

**TOP 6:** Wahl der Wahlkommission

**TOP 7:** Berichte (und anschließende Aussprache zu den Berichten);

a) des Bundesjugendvorsitzenden

b) des Schatzmeisters

c) Bericht der Revisoren

**TOP 8:** Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstandes

**TOP 9:** Bericht der Mandatsprüfungskommission

**TOP 10:** Neuwahl des Bundesjugendvorstandes;

a) Neuwahl einer 1. Bundesjugendvorsitzenden/eines 1. Bun-

desjugendvorsitzenden

b) Neuwahl einer 2. Bundesjugendvorsitzenden/eines 2. Bundesjugendvorsitzenden

c) Neuwahl einer Schatzmeisterin/eines Schatzmeisters

d) Neuwahl einer Schriftführerin/eines Schriftführers

e) Neuwahl der Beisitzerinnen/Beisitzer

f) Neuwahl der Revisorinnen/Revisoren

**TOP 11:** Beratung und Beschlussfassung der vorliegenden Anträge

**TOP 12:** Diskussion über die zukünftigen Arbeitsschwerpunkte der Jugendarbeit

**TOP 13:** Beratung und Verabschiedung einer Jugendpolitischen Resolution

**TOP 14:** Schlusswort der/des Bundesjugendvorsitzenden.